



„2. NRW-Nachhaltigkeitstagung – Zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen 2030“

18.11.2013, im Landtag NRW Düsseldorf

Dokumentation des Workshops: Die Rolle von NRW im nationalen und internationalen Klimadiskurs (13:15-14:15 Uhr)

Autor: Sebastian Schwarz, lab concepts GmbH

Teilnehmende an der Diskussion

Simone Raskob, Stadt Essen, Beigeordnete

Stefan Rostock, Germanwatch, NRW-Fachkoordinator Klima und Entwicklung

Moderation: Prof. Dr. Manfred Fishedick, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie,
Vizepräsident

Einleitung

Klimaschutzaktivitäten sind notwendiger denn je, wie der neue Sachstandbericht des Weltklimarates erst vor kurzem wieder bestätigt hat. Der Workshop behandelte die Rolle des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen auch vor dem Hintergrund des im Januar 2013 verabschiedeten Klimaschutzgesetzes NRW, welches einen rechtlichen Rahmen für Klimaschutzmaßnahmen darstellt und darüber hinaus die klimapolitischen Ziele des Landes definiert. Im Workshop wurden verschiedene Perspektiven vorgestellt: Der Moderator des Workshops, Prof. Dr. Manfred Fishedick vom Wuppertal Institut, stellte den aktuellen Stand der wissenschaftlichen Faktenlage zum Klimawandel vor. Die Beigeordnete der Stadt Essen, Simone Raskob, erläuterte die Anstrengungen, welche auf kommunaler Ebene unternommen werden, um die Klimaschutzziele im Alltag umzusetzen. Stefan Rostock, NRW-Fachkoordinator Klima und Entwicklung der Nichtregierungsorganisation Germanwatch, verdeutlichte die globale Problematik und zeigte darüber hinaus Herausforderungen und Chancen für das Land Nordrhein-Westfalen auf.

„Der Handlungsdruck wächst“

Zu Beginn des Workshops verdeutlichte Prof. Dr. Manfred Fishedick die hohe Aktualität des Themas Klimaschutz, speziell auch vor dem Hintergrund der Klimakonferenz in Warschau. Weiterhin bestehen signifikante Hürden für eine Einigung, da viele Nationen auch weiterhin die Motivation vermissen lassen, die notwendigen Maßnahmen zur Erreichung der Ziele entschlossen umzusetzen. Dies hat zur Folge, dass entgegen der von der Politik formulierten Ziele einer Halbierung des CO₂-Ausstoßes die Emissionen weiter unaufhörlich steigen.

In den letzten Jahren „habe unter der Bevölkerung die Klimasensibilität jedoch erfreulicherweise stetig zugenommen“, was sicherlich auch damit zusammenhänge, dass die Kenntnisse über den Klimawandel zunehmend auf einem festen wissenschaftlich-empirischen Fundament beruhen. Bei der Umsetzung der nötigen Maßnahmen sieht Prof. Dr. Fishedick zweifellos die Politik gefordert, erläutert aber die Schwierigkeiten die im Zusammenspiel der verschiedenen Politikebenen, dem sogenannten Mehrebenensystem, auftreten. So ist beispielsweise der Einfluss der nationalen und regionalen (inkl. kommunalen) Politik begrenzt, da mittlerweile etwa zwei Drittel der deutschen Klimapolitik in Brüssel entschieden werden.

Die Stadt Essen – Vorreiter in Maßnahmen zum Klimaschutz

Anschließend stellte Dipl.-Ing. Simone Raskob die Perspektive der Kommunen bei der Bewältigung der Klimaproblematik vor und ging darauf ein, inwiefern die Städte, in diesem Fall die Stadt Essen, dem Land Nordrhein-Westfalen bei der Umsetzung der Klimaziele helfen können. Hierbei ist es nötig sich zu vergegenwärtigen, dass die Klimaziele der Europäischen Union kurz- bis mittelfristig nicht deckungsgleich sind mit den Klimazielen der Bundesrepublik Deutschland. Die von der EU gesetzten Klimaziele liegen momentan bei einer Verringerung des CO₂-Ausstoßes um 20%, während es auf längere Sicht eine Zielkonformität gibt (Minderung der Emissionen um 80 bis 95% bis 2050 im Vergleich zu 1990). Die Klimaziele Deutschlands sind hingegen weit ehrgeiziger und liegen bei einer Reduktion des Treibhausgasausstoßes um 40% gegenüber 1990. Um diese hochgesteckten Ziele zu erreichen, müssen die Kommunen ihre Beiträge leisten.

Simone Raskob zeigte in der Folge die vielseitigen Möglichkeiten einzelner Kommunen, diese ehrgeizigen Ziele zu erreichen und machte v.a. deutlich, dass die Kommunen gleich auf mehreren Ebenen gefordert sind und sich je nach Funktion, Einfluss und Verantwortung der Stadt einbringen können:

- als Energieverbraucher und Immobilieneigentümer kann sie direkten Einfluss nehmen
- als Planungsbehörde kann sie richtungsweisend wirken
- als Dienstleister kann sie gestaltend einwirken
- als Initiator und Koordinator kann sie Impulse geben
- als Multiplikator kann sie private Akteure zum Handeln motivieren.

Die Stadt Essen hat in den letzten Jahrzehnten, wie Simone Raskob anhand einer Chronik kurz darlegte, bereits mannigfaltige Maßnahmen beschlossen und auch umgesetzt. Insgesamt handelt es sich um etwa 130 Maßnahmen in folgenden sieben Bereichen: Erneuerbare Energien, Verkehr und Mobilität, Immobilien, Energieeffiziente Beschaffung, Initiativen in Wirtschaft und Bevölkerung sowie Stadtplanung und Freiraumentwicklung. Diese Maßnahmen wurden in den Jahren 2010 und 2013 folgerichtig mit der Auszeichnung als „European Energy Award“ belohnt.

In der Folge wurden einige Beispiele erfolgreicher Maßnahmen genannt: So hat die Stadt Essen eine Klimaagentur ins Leben gerufen, welche prominent in der Innenstadt positioniert, der Bevölkerung kostenlose Beratungen anbietet.

Einer ebenso großen Resonanz erfreue sich das Projekt der „RWE-Thermografie“, welches die Energieverschwendung der einzelnen Haushalte aus der Vogelperspektive dokumentiert. Ein weiteres Feld, auf dem die Kommune bereits umfangreiche Maßnahmen ergriffen hat, ist der Bereich Verkehr und Mobilität. So wird zum einen versucht, den Verbrauch der städtischen Fahrzeugflotte zu reduzieren und zum anderen werden diverse Programme zur Sensibilisierung der Bevölkerung in Fragen des individuellen Mobilitätsverhaltens, beispielsweise Trainings für sparsames Autofahren, angeboten.

Simone Raskob führt diesen Erfolg darauf zurück, dass die Klimafrage in Essen bereits früh zur Chefsache erklärt wurde. So seien nicht diverse Ressorts mit den Problematiken befasst, sondern würden diese zentral vom Oberbürgermeister der Stadt Essen selbst koordiniert. Durch diese klare Kompetenzverteilung gelang es seit 2009 den CO₂-Ausstoß der Stadt um über 23% gegenüber 1990 zu reduzieren. Nichtsdestotrotz gebe es noch große Spielräume zur Verbesserung wie Simone Raskob darlegte.

Ein großes Potential, liege dabei ihres Erachtens sicherlich in der energetischen Sanierung der stadteigenen Immobilien, da 80% des städtischen Immobilienbesitzes in einer Zeit errichtet wurden, als noch keinerlei Effizienzverordnungen existierten. Es sei sich hierbei stets zu vergegenwärtigen, dass diese Gebäudesanierungen zwar kurzfristig kostspielig seien, aber langfristig den Stadthaushalt ungemein entlasten würden. Insgesamt 42 Mio. Euro des städtischen Budgets sind im Rahmen der Essener Klimamaßnahmen für die Sanierung alter Bildungseinrichtungen beziehungsweise den Bau neuer Schulen und Kindertagesstätten vorgesehen. So sollen vierzig alte Schul- und Kitagebäude durch zwanzig neue und energieeffiziente „Häuser des Lernens“ ersetzt werden. Die Stadt Essen hat sich zum Ziel gesetzt, jährlich 2,5% des Immobilienstandes zu sanieren, liegt bei der Umsetzung bisher allerdings lediglich bei 1%. Defizite sieht Simone Raskob desweiteren im Bereich Ver- und Entsorgung, da die Stadt Essen die selbstgesetzten Ziele bisher nicht erfüllen konnte. Die Nichterreicherung der Ziele begründet sie hauptsächlich damit, dass all die genannten Maßnahmen sehr kostenintensiv sind und der Stadt ganz einfach die Mittel fehlen, um sie wie gewünscht umzusetzen. Folglich wird dankend die Hilfe lokaler Unternehmen in Anspruch genommen, wie etwa das EXWOST-Modellvorhaben, in welchem mit finanzieller Unterstützung von Seiten des Unternehmens Thyssen Krupp alte Lagerhallen durch neue energieeffiziente Wohnungseinheiten ersetzt werden.

„NRW muss Vorreiterrolle einnehmen“

Stefan Rostock von der Nichtregierungsorganisation Germanwatch stellte anschließend die Rolle des Industrielandes Nordrhein-Westfalen in den Kontext des globalen Kampfes gegen den Klimawandel. Germanwatch versteht sich nicht als Entwicklungshilfeorganisation im klassischen Sinne, da sie sich primär darauf fokussiert die Lebensweise in den reichen Staaten des Nordens zu ändern und sich nur sekundär als Stimme der armen Länder versteht.

Stefan Rostock verwies auf die im öffentlichen Diskurs häufig gestellte Frage, ob ausreichend Finanzmittel vorhanden seien, um den Klimaschutz zu bewältigen. Diese Frage verkennt aus seiner Ansicht die Realitäten, wie er auch anhand einiger deutlicher Fakten veranschaulichte. So wird der Mittelstand von heute weltweit etwa 2 Mrd. bis zum Jahr 2050 auf etwa 5 Mrd. Menschen anwachsen. Hierdurch entsteht einerseits eine erhöhte Nachfrage nach Energie (Energiedienstleistungen), andererseits aber auch finanziellen Möglichkeiten diese klimaverträglich bereitzustellen. Angesichts einiger bereits heute erkennbarer Zustände – wie die hohe Meerereswärmung und -versauerung – kommt er zu dem Schluss, dass „business as usual“ keine akzeptable Option für unsere Gesellschaft sein kann, da die Folgekosten des Klimawandels sonst exponentiell ansteigen würden.

Die Welt verändere sich – die grundsätzlich relevante Frage sei daher, ob wir Menschen in Nordrhein-Westfalen und den Industriestaaten generell mit diesen Veränderungen Schritt halten können. Er verdeutlichte auch, dass die Verbraucher nur noch einen relativ marginalen Einfluss auf diese Frage hätten, da sich bereits heute knapp drei Viertel der noch verfügbaren fossilen Brennstoffe im Besitz internationaler Konzerne befänden und daher dringend ein Anreiz gefunden werden müsse, diese vom Abbau der Ressourcen abzuhalten.

Nachdem er dieses globale Panorama gezeichnet hatte, ging Stefan Rostock näher auf das eigentliche Thema des Workshops ein, und benannte die Möglichkeiten des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Umsetzung der Klimaziele. Er regte an, dass das Land zunehmend seinen Einfluss in Brüssel geltend machen müsse, da es sich bei Nordrhein-Westfalen nicht nur um den Industriestandort Nummer eins in Deutschland, sondern der gesamten Europäischen Union handele. Die Bundesrepublik produziert momentan etwa 2% der weltweiten Treibhausgasemissionen, was nicht unmaßgeblich auf die Schwerindustrie Nordrhein-Westfalens zurückzuführen sei. So seien die Emissionen pro Kopf in NRW ebenso hoch wie in den Vereinigten Staaten von Amerika und lägen damit um zwei Drittel höher als die Pro-Kopf-Emissionen Restdeutschlands.

Stefan Rostock sieht in der hohen Industriekonzentration des Bundeslandes durchaus eine Chance, denn unbestreitbar verfüge Nordrhein-Westfalen gleichfalls über „das Know-how, die Schlüsseltechnologien, den Zugang zu Kapital und nicht zuletzt seine ausgeprägte Debattenkultur um als Vorreiter im Klimawandel aufzutreten“.

Er machte darüber hinaus deutlich, dass eine Veränderung möglichst heute in Angriff genommen werden müsse, es vielen Menschen allerdings nicht bekannt sei, wie wichtig die Rolle NRWs im Kampf gegen den Klimawandel sei. Um substantielle Erfolge zu erzielen, müssten von den USA, China und der EU mindestens zwei Regionen ein internationales Klimaabkommen unterstützen. Nordrhein-Westfalen komme als zentraler Wirtschaftsregion der EU hierbei eine essentielle Bedeutung zu. Intelligente technische Innovationen seien unumgänglich im Hinblick auf die Bewältigung der Klimaproblematik, welche gleichsam auch langfristige Chancen für die hiesige Industrie schaffen würden – speziell in Fragen der Energieeffizienz.

Die Industrie NRWs stehe auch ohne den Klimawandel vor Problemen, da die ökonomische Dynamik in den Schwellenländern stetig zunehme und die hiesige Industrie ihren Vorsprung nicht aufrecht erhalten könne, wenn sie weiterhin an sogenannten „Dinosauriertechniken“ festhalte, die in Zukunft nicht praktikabel seien. So fehle NRW bereits heute die Rohstoffbasis um im globalen Wettbewerb auf Augenhöhe mit den Schwellenländern zu konkurrieren. Es müsse daher klar der Fokus auf die (Weiter-)Entwicklung von zukunftsfähigen Technologien wie Katalysatoren, Windenergie, Brennstoffzellen, Hybridantriebe, Photovoltaik und Wasserstoffnutzung gelegt werden. Das Potential sei vorhanden, da Nordrhein-Westfalen nicht nur der Schwerpunkt der energieeffizienten Branchen in Deutschland wie auch der EU sei, sondern auch ein global player bei Innovationen.

„Bedenken ernst nehmen, Potentiale entdecken, Stimmung verbessern“

Unter dieser prägnanten Formel formulierte Stefan Rostock seine Forderungen nach den nächsten Schritten, um die Klimafrage zu lösen:

- NRW-Klimaschutzregeln müssen erstellt und auch umgesetzt werden.
- Die Bremserrolle in der deutschen Klimapolitik müsse aufgegeben werden und stattdessen solle man sich als Antreiber in der Innovationsstrategie positionieren.
- NRW müsse sich in Brüssel mehr Gehör verschaffen.
- Emissionsarme Entwicklung müsse gefördert werden.
- Nachhaltige Industrien sollten vor unfairem Wettbewerb geschützt werden.
- Die NRW-Klima Expo 2020 solle als Chance erkannt und entwickelt werden.

Die anschließende Diskussion konnte aus Zeitmangel die im Raum stehenden Fragen leider nicht mehr im Detail lösen. Beispiele aus der Diskussion sind: Ein Vertreter NRWs in Brüssel gab zu bedenken, dass die Stimme des Landes relevanter geworden sei und NRW sich als Vorreiter der Klimaschutzgesetzgebung auf EU-Ebene etabliert habe. Die deutsche Klimawende sei allerdings nicht ohne Probleme in Europa zu vermitteln, da sie die Bundesrepublik in der Vergangenheit ins

Werk gesetzt habe ohne sich vorher mit den Nachbarstaaten abzustimmen. Deutsche Forderungen nach der Energiewende würden daher im Ausland häufig als eine Form von „Technologieimperialismus“ empfunden.

Von anderer Seite wurde der Einwand laut, dass die Kommunen ihre ehrgeizigen Sanierungsziele unmöglich erreichen könnten, da es an qualifizierten Fachkräften mangle, um die Maßnahmen umzusetzen.

Kritisch kommentierten einige Gesprächsteilnehmende die Rolle der „Energieriesen“ des Landes – wie beispielsweise E.ON und RWE – welche zum einen noch massive Defizite im nachhaltigen Wirtschaften aufweisen und zum anderen den öffentlichen Diskurs in regelmäßigen Abständen mit Schlagworten wie „Blackout“ oder „Strompreiserhöhungen“ so determinierten, dass Angst in der Bevölkerung entstehe.

Fazit: Es ist noch nicht zu spät, aber die Herausforderungen sind groß

Die Teilnehmenden des Workshops stimmten darin überein, dass eine Energiewende dringend notwendig ist – die sich daraus ergebenden Anforderungen gleichwohl im Wechselspiel zu sehen sind mit den weiteren großen globalen gesellschaftlichen Herausforderungen und die Ausgestaltungsmöglichkeiten im Kontext sozialer und ökonomischer Aspekte reflektiert werden müssen. Für die Umsetzung der Energiewende kann und muss NRW eine Vorreiterrolle übernehmen – so die einhellige Forderung – da mit nur schleppendem Fortschritt auf der Ebene der internationalen Klimakonferenzen die einzelnen Länder, aber auch Nationalstaaten, die Klimaverhandlungen determinieren und nicht umgekehrt. Das Ziel müsse sein, den Industriekern NRW's nachhaltig so umzugestalten, dass die Wertschöpfungspotentiale und das Wohlstandsniveau erhalten bleiben können. Je länger wir allerdings warten, umso höher werden die Folgekosten des notwendigen Veränderungsprozesses sein. Verschiedene Ansätze und Forderungen wurden vor diesem Hintergrund formuliert:

- Die Stimmung in der Gesellschaft gegenüber der Energiewende müsse generell verbessert werden, in dem auch und besser über die positiven Folgen der Energiewende gesprochen wird.
- Kommunikation und Überzeugung über die Sinnhaftigkeit der Umsetzung der Energiewende sind elementar: auf gesellschaftlicher, regionaler, nationaler wie auch supranationaler Ebene.
- Da es den Kommunen an notwendigen Geldern mangelt, müssen Finanzierungsmöglichkeiten von außerhalb erschlossen werden. Entwicklungspolitisch sind Bildungsprojekte im Ausland notwendig um die Energiewende frühzeitig nach Außen zu tragen und für eine klimaverträgliche/nachhaltige Energieversorgung zu sensibilisieren.
- Der Begriff „Energiewende“ hat bereits Einzug in die englische Sprache gehalten und es sollte alles daran gelegt werden, dass die aktuelle positive Konnotation auch erhalten bleibt.

Genau hierin liege die Chance eines Technologielandes wie Nordrhein-Westfalen – so die gemeinsame Überzeugung der Workshop-Teilnehmenden und Referierenden (NRW als Vorreiter für internationale Entwicklungen und mit seiner starken industriellen Basis und Kompetenz Nutznießer zukünftiger Klimaschutzmärkte).